

Basisaufgabe A

Alle oder einer?

Einstieg	<p>Um den Komplex der Gewaltenteilung verstehen zu können, bedarf es zunächst einiger Überlegungen bezüglich der Formen politischer Herrschaft. Dazu sollen sich die Schüler zu Beginn dieser Einheit eigenständig damit auseinandersetzen, wie sie in ihrem eigenen Staat die Macht verteilen würden. In Gruppen zu je etwa sechs Schülern bekommen sie das Arbeitsblatt Insel-Szenario und bearbeiten gemeinsam die darauf befindliche Aufgabe.</p>	<p><i>Gruppenarbeit</i></p>	<p>Arbeitsblatt Insel-szenario</p>
Reflexion/Überleitung	<p>Nachdem sich die Schüler mit dieser Aufgabe beschäftigt haben, werden die Lösungen der einzelnen Gruppen im Plenum vorgestellt. Die Schüler sollen das von den jeweils anderen Gruppen entwickelte System kritisch hinterfragen und dessen Schwachstellen aufspüren. Mögliche Auswertungsfragen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wem könnte das System nicht passen? 2. Wer hat Vor- oder Nachteile? 3. Wer hat die Herrschaft inne? <p>Danach leitet der Lehrer zur Frage nach möglichen Herrschaftsformen über: „Wie ihr gemerkt habt, gibt es ganz verschiedene Varianten, die Herrschaft/ Macht in einem Staat zu verteilen. Zwei solcher Varianten – so genannte Herrschaftsformen – sind die Demokratie und die Diktatur.“</p>	<p><i>Schülerbeiträge</i></p> <p><i>Plenum</i></p> <p><i>Lehrervortrag</i></p>	
Erarbeitung	<p>Die Schüler erhalten nun das Arbeitsblatt „Alle oder einer?“ und erarbeiten sich damit in Partner- oder Einzelarbeit die Definitionen von Demokratie und Diktatur. Darüber hinaus sollen die Schüler Stellung zur Frage nach der Wichtigkeit von Grundrechten für das eigene Leben zu beziehen. Ziel ist es, dass sich die Schüler dem Begriff Rechtsstaat annähern. Die Auswertung von Aufgabe 1 auf dem Arbeitsblatt erfolgt im Plenum.</p>	<p><i>Partner- oder Einzelarbeit</i></p>	<p>Arbeitsblatt Alle oder einer?</p> <p>Informationen Lehrer I</p>

Abschluss

Die Aufgabe 2 wird vom Lehrer gesondert ausgewertet, indem er den vier Ecken im Raum die folgenden vier Aussagen zuweist:

1. Grundrechte sind unverzichtbar für mein Leben und ich würde für sie kämpfen.
2. Grundrechte sind recht wichtig, aber ich würde mich nicht für sie einsetzen.
3. Grundrechte sind mir egal – ich mache mir keine Gedanken um sie.
4. Auf Grundrechte kann ich auch gut verzichten, sie haben eh nichts mit meinem Leben zu tun.

Er fordert die Schüler dazu auf, sich in der ihrer Meinung entsprechenden Ecke zu positionieren. [Es ist auch möglich, sich zwischen zwei Meinungen zu stellen.] Der Lehrer fragt nun einige Schüler nach der Begründung für ihre Position.

Daran anknüpfend definiert der Lehrer einen Staat, der sich in seinem politischen Handeln auf unveräußerliche Grundrechte und auf eine Verfassung beruft, als **Rechtsstaat**.

Um das Prinzip des Rechtsstaates zu verdeutlichen, wird die Folie „**Reichstagsbrandverordnung**“ aufgelegt. Über die Negation von Grundrechten soll den Schülern hier deren Relevanz verdeutlicht werden. Der Lehrer lässt die Schüler in Partnerarbeit die vier unter der Verordnung befindlichen Fragen bearbeiten. Im Plenum wird anschließend über diese Fragen gesprochen.

Option: Eventuell kann den Schülern die Gelegenheit gegeben werden, ihre Position im „Vier-Ecken-Spiel“ zu revidieren.

Plenum

Lehrervortrag

Partnerarbeit

Plenum

**Informationen
Lehrer I**

**Informationen
Lehrer II**

Basisaufgabe A

Anhang: Arbeitsblatt: Insel-Szenario

Gestrandet

Stellt euch vor, ihr seid gemeinsam mit 50 anderen Menschen auf einer Kreuzfahrt an Bord eines stolzen, großen Schiffes, als das das Unvorstellbare passiert: Euer Schiff gerät in einen gigantischen Sturm und versinkt in den Fluten. Ihr könnt euch, zusammen mit den 50 anderen Passagieren, gerade noch an den Strand einer kleinen, einsamen Insel retten.

Nachdem ihr euch etwas erholt habt, erkundet ihr die Insel und findet eine Reihe interessanter Dinge: eine Quelle mit Trinkwasser, jede Menge essbare Früchte und Tiere, die ihr jagen könnt. Euer Überleben ist zunächst gesichert.

Nachdem ihr monatelang verzweifelt auf Rettung gehofft habt, gebt ihr diese Hoffnung auf. Ihr beginnt, Hütten zu bauen und beschließt, euch mit der Situation abzufinden. Euer neu gegründeter Inselstaat funktioniert zu Beginn auch ganz gut. Alle sind zufrieden und einige gründen sogar neue Familien.

Mit der Zeit kommt es allerdings auch zu Streitigkeiten, Neid und Habgier. Diebstähle und Gewalttätigkeiten stören immer mehr den friedlichen Alltag, da jeder sich so verhält, wie es ihm gerade passt.

Als die Zustände immer unerträglicher werden, entscheidet ihr euch zusammenzukommen, um über eure Lage zu beraten und eine Lösung zu finden.

Aufgabe: Entwerft gemeinsam Regeln für euer Zusammenleben und schreibt sie auf. Bedenkt dabei folgende Aspekte:

1. Wer hat Macht?
2. Wie werden Entscheidungen getroffen?
3. Welche Arbeiten müssen verrichtet werden und wie sind die Aufgaben verteilt?
4. Soll grundsätzlich alles geteilt werden oder soll der am meisten bekommen, der am meisten leistet?
5. Was macht ihr mit denen, die keinen Beitrag zur Sicherung eures Überlebens leisten können?

Basisaufgabe A

Anhang: Arbeitsblatt Demokratie und Diktatur

Demokratie und Diktatur

Demokratie und Diktatur sind zwei Herrschaftsformen, die ein Staat haben kann. Solche Herrschaftsformen unterscheiden sich dadurch, wie viele Menschen an der Herrschaftsausübung beteiligt sind. Im Fall der Demokratie geht die Herrschaft von allen aus – im Fall der Diktatur von nur einer Person.

In einer Demokratie bestimmt das Volk in regelmäßigen allgemeinen Wahlen selbst, wer es regieren soll. Dabei hat es die Auswahl zwischen konkurrierenden Parteien. Auch in Diktaturen kann es Wahlen geben, diese haben jedoch nicht wirklich den Charakter von Entscheidungen, die das Volk treffen darf, sondern werden nur zum Schein durchgeführt. Wer in einer Demokratie die Mehrheit der Wählerstimmen erhält, regiert anschließend – aber immer nur für einen bestimmten Zeitraum. Denn Demokratie ist nur Herrschaft auf Frist. Eine Partei, die einmal am Ruder ist, muss auch wieder abgewählt werden können – das funktioniert in einer Diktatur nicht. Hier liegt alle Macht und Entscheidungshoheit in einer Hand und wer einmal an der Macht ist, lässt sich diese nicht so schnell wieder nehmen. Um eine solche Machtkonzentration zu vermeiden, hat die Demokratie die Gewaltenteilung. Die Gewaltenteilung in drei unabhängige Gewalten [die ausführende, gesetzgebende und die rechtsprechende Gewalt] garantiert die gegenseitige Kontrolle der Herrschenden. Außerdem werden in einer Demokratie im Gegensatz zu einer Diktatur die Menschen- und Bürgerrechte garantiert und deren Einhaltung wird durch unabhängige Gerichte kontrolliert.

Aufgaben:

1. Notiere dir gegenüberstellend in die Tabelle die Merkmale der beiden genannten Herrschaftsformen Demokratie und Diktatur.

DEMOKRATIE	DIKTATUR

2. Ein Wesensmerkmal von Demokratie ist die Gewährleistung von unveräußerlichen Grundrechten für alle. **Was meinst du**, wie wichtig sind Grundrechte wie zum Beispiel: Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit, Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und Pressefreiheit. Begründe deine Einschätzung.

Basisaufgabe A

Anhang: Informationen für Lehrer II

LÖSUNGEN zum Arbeitsblatt „Alle oder einer?“

DEMOKRATIE	DIKTATUR
<ul style="list-style-type: none">- Herrschaft vom Volk- regelmäßige wiederkehrende, allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen- Bindung der Staatsgewalt an eine Verfassung- Gewaltenteilung- unabhängige Gerichte- das Volk ist oberster Souverän und oberste Legitimation allen politischen Handelns- Garantie von unveräußerlichen Menschen- und Bürgerrechten	<ul style="list-style-type: none">- die gesamte Staatsmacht liegt in den Händen einer Person oder einer fest umrissenen Gruppe- Scheinwahlen- keine Gewaltenteilung- die Menschen- und Bürgerrechte sind außer Kraft gesetzt oder zumindest stark eingeschränkt- eine Kontrolle der Macht ist praktisch nicht möglich

Definition Rechtsstaat

Der Begriff **Rechtsstaat** bezeichnet einen Staat, in dem Regierung und Verwaltung nur im Rahmen der bestehenden Gesetze handeln dürfen. Die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger müssen garantiert sein, staatliche Entscheidungen müssen von unabhängigen Gerichten überprüft werden können. Das Rechtsstaatsgebot gehört zu den grundlegenden Prinzipien unseres Staates.

Basisaufgabe A

Anhang: Folie Reichstagsbrandverordnung

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat

[Reichstagsbrandverordnung vom 28.02.1933]

Die Artikel 114; 115; 117; 118; 123; 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Aufgaben:

1. Was besagt diese 1933 erlassene Ordnung?
2. Welche Folgen könnten diese Ordnung gehabt haben?
3. Handelt es sich bei dem Staat, der diese Verordnung erlassen hat, um eine Demokratie oder um eine Diktatur?
4. Wie ist diese Verordnung zu bewerten?

Basisaufgabe A

Anhang: Informationen für Lehrer II

Informationen zur Folie

Diese Reichstagsbrandverordnung von 1933 war nach dem Brand des Reichstagsgebäudes, der von den Nationalsozialisten als kommunistischer Umsturzversuch propagiert wurde, erlassen worden. Begründet wurde dieser Erlass dann auch mit dem vorangestellten Ziel der „Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“. Die auf Grundlage von Artikel 48 der Weimarer Verfassung erlassene Verordnung ging jedoch weit über ihren angegebenen Zweck hinaus. Sie suspendierte die verfassungsmäßigen Grundrechte und begründete einen dauerhaften zivilen Ausnahmezustand, der es den Nationalsozialisten ermöglichte, Unterdrückungsmaßnahmen gegen Oppositionelle durchzuführen, die den Schein von Legalität bewahrten. Politische Gegner konnten ohne Anklage und Beweise in gerichtlich nicht kontrollierbare "Schutzhaft" genommen und regimekritische Zeitungen verboten werden.

Die in der Verordnung angesprochenen Artikel in Auszügen im Wortlaut:

Artikel 114

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch die öffentliche Gewalt ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig. [...]

Artikel 115

Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich. Ausnahmen sind nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Artikel 117

Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis sind unverletzlich. Ausnahmen können nur durch Reichsgesetz zugelassen werden.

Artikel 118

Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. [...]

Artikel 123

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln. [...]

Artikel 124

Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. [...]

Artikel 153

Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. [...]

Basisaufgabe A

Anhang: Weiterführende Links und Literatur

[Stand 15.08.2008]

„**Was heißt hier DEMOKRATIE?**“ Thema im Unterricht. Arbeitsmappe Herbst 2004.
Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. [auch zum download auf:
www.BpB.de]

Bundeszentrale für politische Bildung:

www.BpB.de

Thurich, Eckart: Pocket Politik. Demokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2003.